Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 39 (2020)
Heft: 74

Artikel: Feministische Fronten in Chile : ein Interview
Autor: Hernández Morales, Iris / Aldunate Morales, Victoria
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055559

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Iris Hernández Morales / Victoria Aldunate Morales

Feministische Fronten in Chile

Ein Interview[a]

«Wir fordern die Dekolonisierung des Feminismus.»

Iris Hernández Morales und Victoria Aldunate Morales, zwei chilenische Feministinnen, sprechen über die breiten Volksaufstände im Herbst 2019 gegen die Regierung Piñera. Diese explodierten vorerst infolge der Preiserhöhung für Bustickets, zeigten aber schon bald die gesamte Misere der sozialen Versorgung auf. Die Regierung reagierte auf die Proteste mit massiver Repression und brutaler physischer Gewalt gegen Demonstrant*innen und Verhaftete. Die beiden Interviewpartnerinnen gehören zu dem Teil der Bevölkerung, der angesichts der erlebten Gewalt jegliche Zusammenarbeit mit staatlichen und staatsnahen Institutionen zurückweist.

WSP: Könnt ihr erläutern, wer in Chile der feministischen Bewegung angehört und mit welchen Gruppen und nationalen Minderheiten Feministinnen Allianzen schliessen?

In Chile gibt es keine geeinte feministische Bewegung. Heute können wir deutlich zwei Strömungen beobachten. Die institutionelle, die die liberal-reformistische Staatslogik stützt, und die autonome, die den Staat und seine Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus und damit Kolonialismus und Patriarchat infrage stellt. Wir sind Teil der letzteren. Das Verbindende der stark fragmentierten autonomen Bewegungen sind das Klassenbewusstsein

a Das Interview wurde im Dezember 2019 per E-Mail geführt und aus dem Spanischen übersetzt von Nina Schneider.

und unsere antirassistischen Positionen. Zu uns gehören Bündnisse «von unten», zum Beispiel Mapuche-Gemeinschaften im Widerstand oder auch Jugendliche, die sich schon lange gegen das kolonial-patriarchale Wirtschafts- und Kulturmodell formiert haben, aus der Zona Cero von Santiago, dem Stadtteil, in dem die Aufstände im Herbst 2019 begannen. Wir sind durch viele Kämpfe verbunden. Gemeinsam kritisieren wir Anfeindungen gegen das Volk der Mapuche, unterstützen politische Gefangene, Aktionen der Studentenbewegung, Streiks gegen Landnahmen und wir üben uns im Zuhören, um den Bewegungen von unten nicht unsere eigene Rationalität aufzuzwingen. Das ist uns sehr wichtig, um nicht selbst mit universalistischen Ansätzen Standpunkte von Minderheiten abzuwerten.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts gibt es in Lateinamerika feministische Anarchistinnen, Kommunistinnen und Arbeiterinnen, aber auch bürgerliche Frauen der Mittelklasse, die sich zu Frauenthemen organisieren. Darüber hinaus gibt es eine territoriale Komponente, welche die institutionellen und autonomen Strömungen spaltet, die in den 1990er-Jahren entstanden sind. Die einen reproduzieren mit dem «Gender»-Begriff ein nordeuropäisches Frauenbild, das die indigene Frau als «Hindernis für Entwicklung und Fortschritt» abwertet und eine koloniale Praxis fortschreibt. In universalistischer Manier und ohne Sensibilität für den Kontext werden Gender-Ideen und Projekte importiert, die unsere territoriale, also indigene Identität verwässern. Deren Akzeptanz des neoliberalen Systems erzeugt zusätzliche Spannungen. Staatsnahe feministische Institutionen nehmen für sich eine führende Rolle in Anspruch, während wir Autonomen das politische, wirtschaftliche und soziale Modell grundsätzlich kritisieren. Wir werden an den Rand gedrängt, wogegen wir im aktuellen Volksaufstand protestieren. Wir mobilisieren gegen diese feministische Spaltung in ein «oben» und «unten», das uns ausgrenzt. Denn die institutionellen Feministinnen verbünden sich mit einer Führungsschicht, die Ende der 1980er-Jahre als «Koalition der Parteien für die Demokratie» den Übergang aus der Diktatur in die Demokratie so aushandelten, dass sie sich illegitim bereichern können.

WSP: Wer und was hat die Aufstände im Herbst 2019 ausgelöst?

Die Einführung des neoliberalen Systems in Chile in den 1990er-Jahren, mit Unterstützung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen, ist ein Präzedenzfall. Denn der postdiktatorische Staat knüpfte jegliche Bürgerbeteiligung strikt an die Akzeptanz dieses Politikmodells. So erhielt beispielsweise der institutionelle Feminismus Räume für Partizipation und finanzielle

Mittel, um Aufgaben im Dienste des Staates zu übernehmen. Wir Autonomen betrachten das als eine Art Ablasshandel für die neoliberalen Kosten, die Stabilität und die Sicherheit für einige wenige zulasten der grossen Mehrheit. Diese paradoxe und mit der Diktatur vereinbarte Demokratisierung schuf desolate Lebensbedingungen für breite Gesellschaftsschichten und dadurch die historischen Grundlagen für diesen Aufstand. Dessen Gründe sind unhaltbare Zustände im Gesundheitswesen, in der Bildung, im Verkehr genauso wie die dramatische Verarmung im Alter von grossen Teilen der Bevölkerung. Dies alles sind Folgen eines kollabierten Systems, das die Menschen aktiv prekarisiert hat. Dessen allem bewusst, geht es uns heute darum, Alternativen zum kolonialen und patriarchalen Neoliberalismus zu finden, weil diese Demokratie, die man uns als einzige ökonomische Alternative aufgedrängt hat, unsere letzten Ressourcen für ein würdiges Leben für alle zerstört. Dieses «demokratische» Bündnis, das auf der Diktatur Pinochets aufbaut, versucht mit allen Mitteln, unsere Proteste, aber auch Vorschläge und Aktionen für andere Beziehungsformen zwischen Menschen, Kommunen und mit der Natur unsichtbar zu machen.

WSP: Welche Rolle spielen die feministischen Gruppen in den aktuellen Kämpfen?

Wie gesagt, die feministische Partizipation hat sehr unterschiedliche Gesichter. Die einen arbeiten eng mit dem Staat zusammen, die anderen organisieren sich im Widerstand. Deshalb gibt es heute feministische Organisationen, die sich mit dem Aufgleisen der verfassungsgebenden Versammlung beschäftigen, ohne die Bedingungen in Frage zu stellen, unter denen sie zustande kommt. Sie sagen: «Nicht ohne uns!», ohne zu bedenken, dass jedes neue Abkommen innerhalb des Gewaltsystems der Regierung Piñera abgeschlossen wird. Es wird ein «Abkommen der Befriedung» sein – sagen wir, die Autonomen, da die Übergriffe, Verfolgungen und Verstümmelungen gegen diejenigen, die Widerstand leisten, fortdauern werden. Dabei erinnern wir uns an die «Befriedung Araukaniens» im 19. Jahrhundert,[1] bei der nach den Aufzeichnungen der Mapuche mehr als 60 000 Ureinwohner*innen ermordet wurden. Gestern wie heute entscheidet das Gewaltsystem, was für den Staat relevant ist oder nicht. Ohne nun weiter auf die strategische Ausgrenzung eingehen zu können, möchten wir betonen, dass wir, als Teil der autonomen feministischen Strömung, in einer neuen Verfassung keine Alternative sehen. Wir werden das «demokratische» Vokabular des «Multikulturalismus», der «Menschenrechte», oder der «neuen Verfassung»

nicht verwenden und auch nicht missbrauchen: denn unter den aktuellen Bedingungen sind das leere Worte. Unsere autonomen Slogans lauten: «Kein Gott, kein Land, kein Ehemann, keine Partei», «Wir nehmen uns die Strasse», «Machismus tötet und der Kapitalismus auch», «feministische Autonomie gegen den terroristischen Staat». Sie stehen in Verbindung mit den wichtigsten lateinamerikanischen Klassenkämpfen von indigenen, bäuerlichen und afrikastämmigen Volksgemeinschaften. Für uns sind Würde und das Konzept des guten Lebens (Buen Vivir) zentral, und wir widersetzen uns dem traditionellen liberalen Diskurs sowie seinen Konzepten von «Menschenrechten», «Demokratie», «Staatsbürgerschaft» oder «Nachhaltigkeit». Uns ist es zudem wichtig, alle Kräfte zu bündeln, die von der dominanten Kultur verleugnet werden.

WSP: Wie werden die feministischen Forderungen auf der Strasse aufgenommen? Gibt es auch Themen, welche die Bewegung spalten?

Zu Beginn des Aufstandes im Herbst 2019 waren die Forderungen sehr breit. Mittlerweile fokussieren wir uns auf einige zentral wichtige Elemente, wie etwa den territorialen Charakter der Kämpfe. Anders als die Verfassungsformel, die herrschende Begriffe und politische Organisations- und Verwaltungsmodelle reproduziert, ist dies kein konventioneller Ansatz. Für den autonomen feministischen Kampf öffnen sich neue Möglichkeiten der Vernetzung an den Rändern der Gesellschaft, und die Berücksichtigung spezifischer territorialer Anliegen der indigenen Bevölkerung führt uns zu neuen Strategien gegen neoliberale, koloniale und patriarchale Gewalt. Dies ist ein langer und komplexer Prozess, der uns heute mehr als je zuvor erlaubt, die Dekolonisierung des Feminismus zu fordern.

Gleichzeitig kämpfen wir gegen patriarchale Strukturen innerhalb der antirassistischen Bewegung der Landbevölkerung. Auch das geht nicht ohne eine grundlegende Infragestellung des Kapitalismus. Angesichts der hegemonialen Machtverhältnisse stehen wir vor beachtlichen Herausforderungen, denn wir können uns Forderungen, die nur Teilbereiche abdecken, nicht mehr vorstellen. Es geht also nicht darum, ob andere Gruppen unsere feministischen Forderungen anerkennen, sondern darum anzuerkennen, dass uns alle gestellten Forderungen in ihrer Gesamtheit gemeinsam und direkt betreffen. Feministinnen kämpfen also nicht spezifisch gegen Gewalt gegen Frauen. Der Kapitalismus betrifft uns genauso. Was wir Autonomen versuchen, ist gerade diese Verbindung aller Kämpfe, so etwa auch den Kampf gegen Rassismus.

WSP: Welchen Einfluss hatte die Präsidentschaft Michelle Bachelets als ehemalige Hochkommissarin der UN-Frauenorganisation auf die Frauenbewegung? Stand sie für eine progressive nationale Frauenpolitik?

Die Präsidentschaft von Michelle Bachelet zeigt exemplarisch, welches Modell des Feminismus wir infrage stellen. Ihre Regierung war eine der gewalttätigsten gegen die Mapuche und machte in Chile die totale Ignoranz gegenüber der Gewalt gegen Ureinwohner*innen sichtbar. Unter anderem rufen wir den mehr als hundert Tage dauernden Gefängnis-Hungerstreik der damaligen Mapuche-Gemeindeführerin Patricia Troncoso Robles in der ersten Amtszeit Bachelets in Erinnerung oder die Ermordung von Chepa (Matías Catrileo Quezada), einem jungen Mapuche-Punk, Anarchisten und Hausbesetzer, durch die chilenische Polizei. In ihrer zweiten Amtszeit wurde in der Mapuche-Gemeinde Tranguil Macarena Valdés Muñoz im Widerstand gegen die Wasserkraftwerke der österreichischen Firma RP Global S. A. ermordet. Und wie alle Vorgänger ihrer Regierungskoalition trat Bachelet die Umweltfrage an den Privatsektor ab, vernachlässigte die lokal verankerte Wirtschaft und kriminalisierte die ländlichen Mapuche-Bäuerinnen, die die Städte mit ihrer eigenen Gemüseproduktion versorgen. Ausserdem verweigerte sie sich der öffentlichen Debatte über Aktionspläne gegen den Klimawandel. Sie schaffte es nicht, Abtreibung zu entkriminalisieren. Auch ihr Drei-Punkte-Plan, der den Zugang zu Abtreibung erleichtern sollte, bezeichnet die Fristenlösung weiter als Verbrechen. Nicht zuletzt fehlte es ihrer Justizministerin Javiera Blanco am politischen Willen, die Folter und den Tod von 400 armutsbetroffenen Kindern durch Sename, die Jugendstrafbehörde, zu untersuchen. Die wenigen durch Bachelet initiierten Frauenhäuser zum Schutz vor männlicher Gewalt sind bekannt für ihre umständlichen Aufnahmeverfahren und für die Viktimisierung von Frauen, die auf Anklagen gegen Täter verzichten, weil ihnen das Verfahren zu erniedrigend ist. All diese Beispiele zeigen Bachelets Beheimatung im Gender-Kolonialismus, den wir seit den 1990er-Jahren anprangern. Dabei möchte ich betonen, dass diese Politik Bachelets und die ihrer Verbündeten in den feministischen Institutionen sehr typisch für den lateinamerikanischen Rassismus, die soziale Abwertung und den Sexismus sind. Aus dieser Denktradition stammt die staatliche Gewalt in Wallmapu[2] genauso wie der «Gender-Fokus», der nur diejenigen schützt, die dem Staat wichtig sind oder den politischen Eliten angehören. Die angeführten Beispiele zeigen unmissverständlich, dass Massnahmen oder eine Perspektive «zugunsten von Frauen»

nicht bedeuten, dass diese nicht rassistisch sind. Die systematische Gewalt gegen die indigene Bevölkerung und die Umsetzung des Gender-Ansatzes erfolgte nicht ohne die Mitarbeit privilegierter Frau, die die Sprache der Mächtigen übernommen haben. Durch ihr Festhalten an kulturellen Traditionen ihrer Gemeinschaften werden indigene Frauen weiterhin als Hindernis für Entwicklung und Fortschritt betrachtet. Mit anderen Worten: Frauen von oben sind wichtig und setzen ihre Bedingungen durch, diejenigen, die unter ihnen stehen, nicht.

WSP: Erinnert euch die gegenwärtige staatliche Repression an die Pinochet-Diktatur?

Unser kollektives physisches Gedächtnis steht seit dem 18. Oktober 2019 konstant in Alarmbereitschaft. Ausgangssperren, Militär in den Strassen, scharfe Munition gegen Demonstrant*innen, Razzien, Verhaftungen, Folter, Vergewaltigungen, Verstümmelungen, Verfolgung. Andererseits stärkt der fast dreimonatige Volksaufstand nach dreissig Jahren kollektiver Resignation unser Selbstbewusstsein. Aktuell hören wir viele Stimmen, die jahrzehntelang zum Schweigen gebracht worden waren und die den Widerstand gegen die patriarchale und neoliberale Gewalt würdigen, die der Staat gegen die indigenen Völker, Frauen, Kinder und armutsbetroffene sexuelle Minderheiten ausübt. Wir tragen eine Genealogie des Widerstandes in uns, die uns besänftigt und stärkt. Sie gibt uns Kraft gegen die staatliche Gewalt aufzubegehren, die nicht nur Aufständische angreift, sondern auch rassistische Gewalt gegen indigene Gemeinschaften, Migrant*innen, Frauen und Opfer von Femizid ausübt und darüber hinaus die Plünderung der Natur den multinationalen Unternehmen überlässt.

WSP: Von aussen schien es fast so, als ob Präsident Piñera relativ schnell einbrechen und den Forderungen der Strasse nachgeben würde. Er versprach Sozialreformen, erhöhte Mindestpensionen, eine Gesundheitsreform, höhere Steuern für die Einkommensstärksten, geringere Gehälter für Beamte und Abgeordnete und so weiter. Was halten Sie von seinen Versprechungen?

Die Zugeständnisse von Präsident Piñera sind Schall und Rauch. Die Vorschläge der Regierung bringen keine Reformen, sie nehmen die Forderungen des kollektiven Protests nicht ernst. Schauen Sie sich nur das Zulassungsverfahren der Universitäten für 2020 an, das dank des organisierten

Widerstands der High-School-Bewegung nun zurückgestellt wurde. Seit den Schüler*innen- und Student*innenaufständen von 2006 hat die Bewegung klare und differenzierte politische Positionen entwickelt und den merkantilistischen, segregierenden und ausschliessenden Charakter des Bildungswesens in Chile analysiert. Dennoch haben weder Bachelet noch irgendeine andere Regierung den Forderungen der Bewegung stattgegeben, weil sie das neoliberale Modell angreift. Das Regime will auch das miserable AHV-System, das lediglich dem Grosskapital zugute kommt, nicht wirklich reformieren. Neu sollen drei Altersklassen unterschieden werden, die unter 75-, die 75- bis 79-jährigen und die über 80-Jährigen, denen je eine Erhöhung der Rente um 25, 30 und 50 Prozent in Aussicht gestellt wird. Bedenkt man, dass die minimale Grundrente heute gerade mal 140 US-Dollar beträgt, also einen Bruchteil des offiziellen minimalen Warenkorbs von monatlich rund 3500 US-Dollar (November 2019) für eine Familie, dann ist die Erhöhung ein Hohn. Auch die neuen Renten können unmöglich die Kosten für Krankheit, Unfall, Schulden oder Miete abdecken. Was die Polizeigewalt betrifft, ist angesichts der Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen jedes Versprechen von Piñera zur Mässigung völlig unglaubwürdig.

WSP: Was haltet ihr von der Forderung, nun schnell eine neue Verfassung zu verabschieden? Was werden Feministinnen in diese Reform einbringen (können)? Werden sie überhaupt angehört werden und vertreten sein?

Es stimmt nicht, dass alle Demonstrant*innen eine neue Verfassung fordern. In den regionalen selbstorganisierten Volksversammlungen leben wir, angesichts der polizeilichen und wirtschaftlichen Unterdrückung unseres gemeinschaftsorientierten Lebens, eine andere Realität. Die Idee einer «Neuen Verfassung» wird uns durch die Eliten und die traditionellen Medien aufgezwungen. Uns bietet sie keine Alternativen. Neben uns distanzieren sich auch viele weitere Organisationen von der Idee, seit klar ist, dass sie keinesfalls zu einer radikalen Veränderung führt. Ob Feministinnen in einer zukünftigen «verfassungsgebenden Versammlung» vertreten sein werden, müssen wir diejenigen Feministinnen fragen, die sich durch das gegenwärtige politische und ökonomische System vertreten fühlen, also durch ein System, das wir autonomen Feministinnen und antirassistischen Lesben anprangern und zu brechen versuchen.

Anmerkungen

1 Die sogenannte «Befriedung Araukaniens» war in Wirklichkeit ein Plan zur Besetzung von Mapuche-Ländern durch die kreolische Bourgeoisie. Diese Invasion basierte unter anderem auf der Stigmatisierung des Mapuche-Volkes, das als «wild» und «aggressiv» betrachtet wurde. Damit rechtfertigte, naturalisierte und normalisierte man die Gewalt gegen die Wallmapu. Der Einmarsch basierte auf einer Zivilklage von chilenischen, deutschen und italienischen Bürgern, also auf einer Idee, die von «oben» und unter der Schirmherrschaft des Staates «denen unten» Gewalt antat. Analog fördert das heutige Abkommen von «oben» ein zivilisatorisches Projekt, das Gewalt normalisiert und diejenigen, die es kritisieren, als irrational, gewalttätig oder mit mangelnder politischer Perspektive bezeichnet.

2 Wallmapu ist seit den 1960er-Jahren ein militarisiertes Territorium, in dem durch staatlichen Schutz territoriale Usurpation zugunsten des Extraktivismus begünstigt wird.